

Öffentlicher Informationsabend zu den Abstimmungen vom 25. September 2022

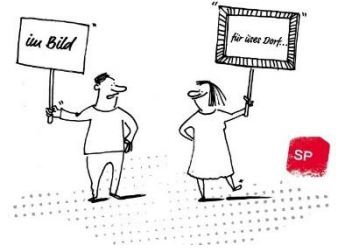
Am 1. September 2022 lud die organisierende SP Gerlafingen die interessierte Öffentlichkeit ein, sich zu den anstehenden, wichtigen Abstimmungsvorlagen orientieren zu lassen.

Die Anwesenden kamen in den Genuss informationsreicher Kurzreferate und konnten auch aus den Fragestellungen und Diskussionen wertvolle Erkenntnisse mitnehmen.

Den Anfang machte Simon Bürki (SP-Kantonsrat, Biberist) mit seinem Vortrag zur teilweisen Abschaffung der Verrechnungssteuer. Er legte dar, dass von der geplanten Abschaffung nicht etwa Herr und Frau Schweizer, sondern lediglich einige wenige Konzerne profitieren könnten. Diese würden insofern begünstigt, als ihre künftigen Geldbeschaffungen am schweizerischen Obligationenmarkt von der Verrechnungssteuer befreit und somit von steueroptimierenden Anlegern vermehrt berücksichtigt würden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es sich bei der Verrechnungssteuer um eine astreine Sicherheitssteuer handelt. Sie wird ja zurückerstattet, resp. angerechnet, wenn man die Erträge ordnungsgemäss deklariert. Diese Entlastungsvorlage steht aber auch quer in der Landschaft, was die Finanzlage und den Finanzplan des Bundes anbetrifft, der mit künftigen Milliardendefiziten rechnet. Bei steigenden Zinsen erhöht sich das Ausfallrisiko auf rund 800 Mio Franken. Die Anwesenden gingen mit Simon Bürki einig, der ein wuchtiges Nein propagierte.

Einen bedeutend schwereren Stand hatte sodann Leo Valentin Hug (JuSo-SO-Copräsident, Biberist). Ihm wurde Gelegenheit geboten, die Initiative für eine Zukunft (Klima-Initiative) vorzustellen, welche die JuSo kürzlich schweizweit gestartet hat. Die Initiative möchte den ökologischen Umbau ausschliesslich durch die Besteuerung von Erbschaften der Ultrareichen finanzieren. Die 50%-Steuer soll zwar nur bei Erbschaften ab 50 Mio Franken greifen und würde dadurch einen minimalen Anteil der Bevölkerung treffen. In der Diskussion wurde die Idee jedoch als nicht zielführend beurteilt. Die Befreiung aller juristischen Personen von dieser Steuer wäre ja geradezu eine Einladung für entsprechende Kreativität. Zudem leuchtete es niemandem ein, weshalb die Klimakrise durch Geld von wenigen Vermögenden gemildert werden könnte, solange die breite Masse (darunter auch Junge) zu einem lächerlichen Ticketpreis bedenkenlos nach Berlin oder Barcelona oder sonst wohin jettet. Der Klimakrise kann nur durch Verhaltensänderungen auf breiter Ebene und von breiten Bevölkerungskreisen begegnet werden.

Dann war die Reihe an Franziska Roth (SP-Nationalrätin, Solothurn), die mit ihrer klaren Ablehnung der zwei AHV-Vorlagen (Anhebung des Frauen-Rentenalters und Finanzierung via Mehrwertsteuer) bei den meisten Anwesenden offene Türen einrannte. Sie stellte fest, dass die AHV schon heute ihren verfassungsmässigen Auftrag zur Ausrichtung einer existenzsichernden Altersrente nicht erfüllt. Bei der bis heute anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Schlechterstellung der Frauen, die gerade auch wegen ihrer unbezahlten Betreuungsarbeit zugunsten der eigenen oder auch angeheirateten Familie weniger Erwerbseinkommen und dadurch weniger Altersvorsorge erzielen, sei es einfach ungerecht, diesen AHV-Sanierungsschritt auf dem Buckel der Frauen auszuführen. Die Anwesenden stimmten ihrer klaren Nein-Parole grösstenteils zu, wobei der Mitfinanzierung durch die 0,4 zusätzlichen Mehrwertsteuerprozentente ein gewisses Verständnis entgegengebracht wurde. Wegen der Verknüpfung der beiden Abstimmungsfragen scheidet die Revisionsvorlage aber bereits, wenn auch nur eine abgelehnt wird.



Zu guter Letzt informierte Philipp Heri (SP-Gemeindepräsident und Kantonsrat, Gerlafingen) noch kurz über die Initiative betr. Massentierhaltung. Die Initiative fordert strengere Vorschriften für die Haltung von Nutztieren und ist keine generelle Kritik an den Nutztierbetrieben, von denen es sicher vorbildliche gibt. Es gelte aber, den Respekt gegenüber den Nutztieren durchzusetzen. Als Mindeststandard für Stallhaltung, Freigang und Schlachtung würden die Richtlinien des Labels BioSuisse 2018 gelten. Für die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe könnten Übergangsfristen bis zu 25 Jahren gewährt werden, was eigentlich für allfällig erforderliche Anpassungen und/oder Neuausrichtungen ausreichen sollte. Philipp Heri empfahl die Initiative zur Annahme und überzeugte damit die Anwesenden.

SP Gerlafingen
Peter Jordi, Aktuar



v.l.n.r.: Leo Valentin Hug (Referent), Özlem-Kellenberger-Yüksel (Co-Präsidentin SP Gerlafingen), Franziska Roth (Referentin), Michèle Graf-Bürki (Co-Präsidentin SP Gerlafingen), Philipp Heri (Referent)
Wegen Folgetermins fehlt auf dem Bild: Simon Bürki (Referent)